

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion

Nr.: **A 17/0915-01**

Status: öffentlich

Datum: 09.11.2017

**Kündigung des Beitritts Mülheims zur Rahmenvereinbarung zur
Übernahme der Gesundheitsversorgung für nicht Versicherungs-
pflichtige in Verbindung mit dem Asylbewerberleistungsgesetz in
NRW zwischen dem Land NRW und den Krankenkassen**

**Antrag der CDU-Fraktion für die Sitzungen des Sozialausschusses
am 17.11. und des Rates der Stadt am 07.12.2017**

Beratungsfolge

Status	Gremium
Ö	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Ö	Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt:

„Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr beschließt, dass die Stadt Mülheim an der Ruhr ihren Austritt aus der Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Gesundheitsversorgung für nicht Versicherungspflichtige in Verbindung mit dem Asylbewerberleistungsgesetz in NRW zwischen dem Land NRW und den Krankenkassen erklärt.

Mülheim an der Ruhr macht von seinem Sonderkündigungsrecht bis zum 30.11.2017 Gebrauch.“

Sachverhalt:

Aus der Berichtsvorlage (V 17/0664-01) betr. Gesundheitsversorgung für Asylbewerber und Flüchtlinge (mit Erfahrungsbericht 2016 zur elektronischen Gesundheitskarte (eGK) zur Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 28.09.2017 geht deutlich hervor, dass die Vorteile und der Nutzen, den sich die Ratsmehrheit seinerzeit mit dem Beitritt Mülheims zu dieser Rahmenvereinbarung des Landes NRW mit den Krankenkassen und mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte versprochen hat, nicht eingetreten sind. Dies trifft z.B. auf die damals erwartete Einsparung von Personalkosten zu.

Zudem ist die Belastung Mülheims mit immer noch zu hohen Verwaltungskosten und Kostenbeiträgen nicht akzeptabel.

Insofern ist der richtige Zeitpunkt gekommen, den Austritt Mülheims aus dieser Rahmenvereinbarung zum frühest- bzw. nächstmöglichen Zeitpunkt zu erklären.

Wolfgang Michels
Fraktionsvorsitzender

Bernd Dickmann
Ausschusssprecher